

Planungen zur Errichtung einer Zentralen Unterbringungseinrichtung im 4-Sterne-Hotel „Van der Valk“ in Gladbeck

Von Enxhi Seli-Zacharias MdL

Asylsuchende werden mit Hilfe eines bundesweiten Verteilungssystems vom Bund auf die einzelnen Bundesländer verteilt (Nordrhein-Westfalen 21,1%).

In der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Bochum erfolgt die Erstregistrierung. Im Anschluss erfolgt eine Verteilung auf die 5 Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) des Landes. Diese verfügen über eine aktive Kapazität von 6.190 Plätzen. Nach der dort stattfindenden Antragsstellung

beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werden die Asylbewerber in Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) untergebracht. Die 28 ZUE verfügen über eine Kapazität von derzeit 22.444 Plätzen. Auf Grund der angespannten Unterbringungssituation wurden mittlerweile 13 Notunterkünfte mit 7.528 weiteren Plätzen eingerichtet.

Aus den ZUE heraus folgt gem. gesetzlich vorgesehener Fristen eine Zuweisung auf die Gemeinden. Von den 427 Kommunen in NRW haben im Jahr



Für Migranten bspw. aus Afghanistan ungewohnt: Luxushotels wie das Van der Valk

2022 159 eine sogenannte Überlastungsanzeige gestellt. In 112 Fällen wurde gar ein temporärer Zuweisungsstopp verhängt.

In dieser Situation kam das Land auf die merkwürdige Idee das 4-Sterne-Hotel Van der Valk in Gladbeck anzumieten und in eine ZUE umzuwandeln. Nach ersten Kontakten im November 2022 wurde am 10.03.2023 schließlich der Ältestenrat der Stadt Gladbeck informiert.

Geplant sei einer ZUE mit 620 Plätzen. Abgesehen

von der AfD-Ratsfraktion, die sogar eine Demo organisierte, kam es zu diesem Zeitpunkt nur zu einzelner Kritik der Ratsfraktionen der Stadt Gladbeck.

Nachdem erste Bedenken auch bei den Anwohnern laut wurden, kam es von Seiten der Bürgermeisterin dann zu einem ersten Sinneswandel. Angeblich sei der Standort dann doch nicht „optimal“. Dabei verwies sie insbesondere auf touristische Aspekte, da sich die geplante ZUE in einem



Naherholungsgebiet befindet.

Die skandalösen Umstände des geplanten Deals kamen ans Tageslicht, da Mitarbeiter der Bezirksregierung der AfD aus Verzweiflung die Absichtserklärung mit dem Hotel zugespielt haben.

Danach soll die Verpachtung der Immobilie fest für die Dauer von 10 Jahren erfolgen. Die Baukosten einen Betrag in Höhe von EUR 1.000.000,- (netto) möglichst nicht überschreiten. Das Hotel hat

gegenwärtig 181 Zimmer, ein Restaurant, eine Bar und einen Wellnessbereich. Vorgesehen sei u. a. auch der Umbau der Tagungsräume hin zu Wohneinheiten sowie zwei Gebetsräume.

Die Kosten für die Planung der gesamten Kooperation mit dem Pächter sollen einen Höchstbetrag von EUR 500.000,- (netto) nicht übersteigen.

Die Vertragsparteien vereinbarten folgende Pacht- und Vergütungsstruktur (Nettobeträge):

Kosten von bis zu 120 Mio. Euro für den Steuerzahler!

a) Kaltpacht: EUR 320.000,00 pro Monat zzgl. Umlage Baukosten

b) Miete für Inventar / Mobiliar: EUR 40.000,00 pro Monat

c) Zusatz-Dienstleistungen: EUR 245.316,50 pro Monat

d) Nebenkosten nach Verbrauch

e) Müllentsorgung nach Verbrauch

f) Verpflegungsdienstleistungen: EUR 16,00 pro Person/pro Tag

Insgesamt belaufen sich somit die monatlichen Kosten zu einer Gesamtbelastung in Höhe von bis zu EUR 1 Mio. Gerechnet auf eine Laufzeit von 10 Jahren stehen folglich Kosten in Höhe von EUR 120 Mio. im Raum.

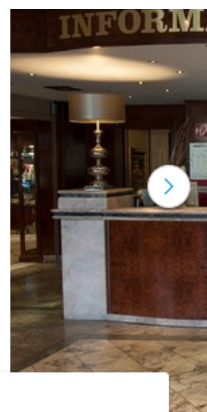
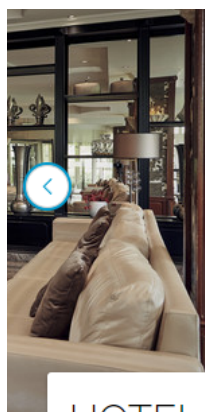
Unklar ist offensichtlich auch die Anzahl der unterzubringenden Personen. So ist im Bebauungsplan von insgesamt 1112 Personen – an Stelle der zuvor veröffentlichten Zahl von 620 Personen – die Rede.

Zusätzlich würde das Hotel Van der Valk angeblich auf eine Nachnutzung –wieder als Hotel- und Gastrobetrieb – bestehen. Das Hotel würde folglich EUR 120 Mio. in 10 Jahren aus Steuermitteln kas-

sieren und anschließend – ebenfalls auf Staatskosten das Hotel saniert bekommen.

Damit dieses politische Gebaren nicht so einfach durchkommt, ist eine starke Alternative auf kommunaler Ebene unerlässlich!

Enxhi Seli-Zacharias
MdL NRW



HOTEL GLADBECK



Exklusive Suiten

Luxuriös und extravagant
übernachten



Gut erreichbar

Verkehrsgünstig aber
dennoch ruhig gelegen

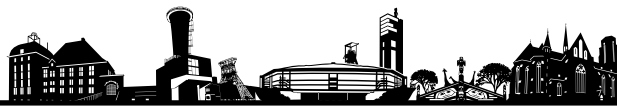


Best-Preis-Garantie

Wir versprechen den
günstigsten Preis

Foto: Screenshot Website gladbeck.vandervalk.de abgerufen am 03.07.2023

Das Hotel selbst präsentiert sich als „luxuriös und extravagant“, lockt mit entsprechenden Bildern. Dem Bürger ist kaum zu vermitteln, wieso hier teuer Migranten untergebracht werden sollen, wofür ein Umbau notwendig ist und eine spätere aufwendige Sanierung für die Nachnutzung.



Masterplan Mobilität – Ideologie vor Praxis?



Von Jan Preuß MdLV

Zu Beginn dieses Jahres wurde der Masterplan Mobilität mit einer Vielzahl von Änderungen verabschiedet. Als AfD-Ratsfraktion Gelsenkirchen konnten wir diesem Plan nicht zustimmen. Unserer Ansicht nach ist dieses Konzept ein ideologisches Machwerk, das ökosozialistischen Ideen entspringt.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht nur unzureichend, sondern übersehen auch die alltäglichen Herausforderungen und Bedürfnisse der Bürger.

Konkret: Es ist eine **jährliche Verknappung des Parkraums geplant**, und der motorisierte Individualverkehr soll unattraktiver gemacht werden. Doch 54% der Einwohner Gelsenkirchens legen ihre Wege eigenständig motorisiert zurück. Bei Strecken ab 10km sind es sogar 77%. Zudem besitzen 81% der Haushalte in Gelsenkirchen ein Auto. Die Stadtverwaltung ist sogar gesetzlich verpflichtet, sich an diesen Bedürfnissen zu orientieren. Es ist daher unverständlich, dass der Masterplan Mobilität diese Realität ignoriert.

Darüber hinaus gibt es angeblich keine überlasteten Straßen in Gelsenkirchen, aber jeder Autofah-

rer weiß das Gegenteil zu berichten. Und die mögliche Beschränkung auf Tempo 50 bei Straßen, die für Tempo 70 geeignet sind, führt zu Stau und ist keineswegs so umweltfreundlich, wie man vielleicht denken könnte.

Besonders besorgniserregend ist aus unserer Sicht aber die **mangelnde Sicherheit und Zuverlässigkeit im öffentlichen Nahverkehr**. Viele Fahrgäste sind regelmäßig mit Taschendiebstahl, aggressiven und belästigenden Gruppen junger Männer, unsicheren Fußwegen und Unpünktlichkeit konfrontiert.

Gelsenkirchen braucht deshalb eine umfassende und realitätsnahe Überarbeitung des Masterplans.

Die Bürger verdienen einen verantwortungsvollen und effektiven Umgang mit den Mobilitäts Herausforderungen unserer Zeit. Deshalb ist uns eine Politik wichtig, die die Bedürfnisse und Herausforderungen unserer Bürger ernst nimmt. Wir sind bereit, uns für eine realistische und effektive Mobilitätspolitik einzusetzen, die nicht auf Ideologien, sondern auf den tatsächlichen Ansprüchen unserer Bürger basiert. Gelsenkirchen braucht eine effektive und zukunftsorientierte Mobilitätspolitik ohne Ideologie und Dogma. Denn nur so können wir sicherstellen, dass Gelsenkirchen auch in Zukunft mobil, lebenswert und zukunftsfähig bleibt.



Warum wir als AfD-Fraktion Gelsenkirchen dem Lokalen Handlungskonzept gegen Antisemitismus nicht zustimmen konnten

Von Jan Preuß MdLV

In Gelsenkirchen ist die Bekämpfung des Antisemitismus zu einer zentralen Frage geworden. Eine Reihe besorgniserregender Vorfälle wie z.B. die antisemitischen Proteste vor der Gelsenkirchener Synagoge am 12.05.2021 hat die Bedeutung eines starken Handlungskonzepts gegen Antisemitismus unterstrichen.

Die NZZ schrieb damals:

Aufgeheizte Atmosphäre, Stimmengewirr, und auf einmal ruft jemand: «Scheiss-Jude!» Die Menge stimmt ein und skandiert immer wieder: «Scheiss-Jude, Scheiss-Jude!» Männer schwenken die türkische und die palästinensische Fahne, Frauen mit Kopftuch recken die Arme in die Höhe. Bei der rund 50-köpfigen Gruppe handelt es sich offensichtlich um junge Menschen mit Migrationshintergrund.

(Quelle: <https://www.nzz.ch/international/deutschland/demonstration-vor-einer-synagoge-in-gelsenkirchen-der-judenhass-flammt-in-deutschland-wieder-auf-ld.1625062>)

Dieses Konzept darf keine Kompromisse eingehen, wenn es um den Schutz unserer Bürger jüdischen Glaubens geht.

Islamistischen Einfluss auf die Ausbreitung des Antisemitismus stärker berücksichtigen.

Aus diesem Grund konnten wir, die AfD-Fraktion Gelsenkirchen, dem sogenannten „Lokalen Handlungskonzept gegen Antisemitismus“ nicht zustimmen, das am 15.06.2023 im Stadtrat zur Abstimmung stand. Unserer Meinung nach deckt es nicht die gesamte Bandbreite des Antisemitismus in unserer Gesellschaft ab und sollte nicht nur eine Erweiterung des bestehenden „Gesamtstädtischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ sein, sondern als eigenständiges Konzept behandelt werden.

Wir sehen die Notwendigkeit, den islamistischen Einfluss auf die Ausbreitung des Antisemitismus in Gelsenkirchen, insbesondere in unseren Schulen, stärker zu berücksichtigen. Darüber hinaus haben wir darauf hingewiesen, dass der Einfluss extremistischer türkischer Gruppierungen in Gelsenkirchen, wie Graue Wölfe oder Milli Görüs, stärker in den Fokus genommen werden muss. Wir sind der Meinung, dass Ausländer, die antise-

mitische Straftaten begehen, unser Land verlassen sollten. Es ist für uns unerträglich, dass Menschen, die hier Schutz suchen, die Werte unserer Gesellschaft mit Füßen treten. Diesen importierten Antisemitismus muss man wieder exportieren!



Das Tragen einer Kippa ist in manchen Gegenden zum Risiko geworden.

Aber auch in anderen gesellschaftlichen Kreisen lässt sich Judenfeindlichkeit, zum Beispiel unter dem Deckmantel des Kulturschaffens, beobachten. Deshalb haben wir die Notwendigkeit betont, den fortschreitenden Antisemitismus in der deutschen Kulturszene auch auf lokaler Ebene in Gelsenkirchen zu untersuchen.

Unsere Forderung nach einer Überarbeitung des Handlungskonzepts ist daher nicht nur eine Reaktion auf die bestehenden Mängel, sondern weiter gedacht. Wir wollen nicht warten, bis weitere antisemitische Vorfälle auftreten. Stattdessen treten wir dafür ein, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um den Antisemitismus in unserer Stadt zu bekämpfen. Das zeigt, dass wir als einzige Fraktion bereit sind, die Gefahr des Antisemitismus ganzheitlich anzugehen. Unsere Haltung unterstreicht unser Engagement und unsere Bereitschaft, mit Entschlossenheit und praktischen Lösungen auf die Herausforderungen in Gelsenkirchen zu reagieren. Wenn es darum geht, Antisemitismus zu bekämpfen, gibt es für uns keine Grauzonen - wir stehen für eine klare und entschiedene Haltung.

Euer Jan Preuß

Vorsitzender der AfD-Fraktion Gelsenkirchen

Gelsenkirchener Patriot ist eine Mitgliederinformation der Alternative für Deutschland Kreisverband Gelsenkirchen
V.i.S.d.P.: Der Kreisvorstand | www.afd-gelsenkirchen.de | Bildrechte: pixabay, eigene